

SCHWARZGELDSKANDAL

30

JAHRE GRÜNE
LANDTAGSFRAKTION
IN HESSEN



www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

1982



2012

www.gruene-hessen.de

Tarek Al-Wazir Vorwort	2
Die aktuelle Fraktion	4
Konzepte für Hessen	6
Frank Schwalba-Hoth 1982 - 1983 – Zum ersten Mal GRÜNE im Hessischen Landtag	7
Priska Hinz 1983 - 1987 – Erste Verhandlungen zur Regierungsbildung durch Tolerierung	11
Maja von Sczepanski 1987 - 1991 – Vier Jahre entschlossener Kampf um Rückkehr in die Regierung	15
Reinhold Weist 1991 - 1995 – Politik in Zeiten Rot-GRÜNER Harmonie und finanzieller Zuwächse	19
Rupert von Plottnitz 1995 - 1999 – Von Bürgerrechten und Luxusknästen	23
Sarah Sorge 1999 - 2003 – CDU = Koch = Schwarzgeld	27
Frank Kaufmann 2003 - 2008 – Düstere Allmachtsfantasien der Hessen-CDU	31
Mathias Wagner 2008 - 2009 – Ein Jahr wie kein Anderes	35
Angela Dorn 2009 - 2012 – Von den Fischerchören zur Konzeptpartei	39
Impressum	43
Trau keine über 30? Die Zeiten sind vorbei! Impressionen der 30-Jahr-Feier am 5. Oktober 2012 im Hessischen Landtag	44

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

„Trau keinem über 30“ war ein Motto der Zeit als Die Grünen nach der Landtagswahl am 26. September 1982 zum ersten Mal in den Hessischen Landtag einzogen. Damals hielten viele die neue Fraktion für eine vorübergehende Erscheinung. Neun Legislaturperioden später, nach Zeiten der Opposition, der „Tolerierung“, drei Regierungsbeteiligungen und zweimal „hessischen Verhältnissen“ sind Die Grünen mit der Rekordzahl von 17 Abgeordneten immer noch da und streben der zehnten Wahlperiode entgegen.

Was gab es nicht alles für Schlagzeilen, die sich auch in dieser Broschüre widerspiegeln: Vom Blutspritzen auf einen US-amerikanischen General über die Rotation von Abgeordneten und Mitarbeitern, dem ersten grünen Minister weltweit, den Koalitionsbruch 1987 und die erfolgreiche Regierungszeit zwischen 1991 und 1999, während der viele Ideen der Grünen umgesetzt werden konnten. Sie reichten vom Aus für die Hanauer

Nuklearbetriebe über eine Sonderabfall- und Grundwasserabgabe bis hin zur Förderung von – wie es damals noch hieß – alternativen Energien und Kindergartenplätzen, damit in Hessen die Garantie eines Kindergartenplatzes auch verwirklicht werden konnte. Die Grünen stellten die Umwelt- und Familienministerin sowie den Justizminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Aber auch Misserfolge und schwere Zeiten folgten: So gab es in Hessen auch die bundesweit ersten Rücktritte von Ministerinnen der Grünen und schließlich das Sich-Wiederfinden in einer langjährigen Opposition seit dem Jahr 1999.

Aber auch in der Opposition gab es genug zu tun, denn die vordringlichste Aufgabe der Opposition, nämlich die Regierung zu kontrollieren, brachte viel Arbeit mit sich. Bald nach Regierungsübernahme durch CDU und FDP entwickelte sich die ganz spezielle hessische Variante des CDU-Schwarzgeldskandals mit in Steuerparadiese wie Liechtenstein verschobenen CDU-Gelder, die perfiderweise als „jüdische Vermächtnisse“ getarnt nach Hessen zurückgeschleust wurden.

Neben den harten Auseinandersetzungen, für die der Hessische Landtag leider nicht nur bekannt, sondern auch berüchtigt ist, lag es der Landtagsfraktion aber auch immer am Herzen, funktionierende Konzepte für reale Veränderungen zu entwickeln. Von den ersten Gedanken Mitte der Achtziger, dass zum Verändern auch das Regieren nötig ist bis zur Konzeptarbeit der jetzigen Landtagsfraktion gibt es eine hessisch-grüne Traditionslinie, auf die wir stolz sind. Dazu gehört, dass wir



Wahlplakat aus dem Landtagswahlkampf 1995



Die aktuelle Fraktion im Plenum des Hessischen Landtages.

immer darauf achten, dass unsere Vorschläge zu finanzieren sind. Auch das hat etwas mit dem inzwischen viel gerühmten Begriff der „Nachhaltigkeit“ zu tun. Am Ende, das mag in Zeiten der aufgeregten elektronischen Mediendemokratie altmodisch erscheinen, entscheidet der politische Inhalt über die konkrete Politik. Aus unserer Sicht ist es eben nicht beliebig, sondern konsequent, dass die grüne Landtagsfraktion während der „hessischen Verhältnisse“ des Jahres 2008 sich konsequent auf ihre politischen Ziele konzentriert hat. Die Abschaffung der Studiengebühren mit der Mehrheit von Grünen, SPD und Linken und ein modernes Sparkassengesetz mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN mögen Beispiele für diese Haltung sein. Doch letztendlich, und da waren wir wieder am Anfang unserer 30-jährigen Geschichte angelangt, gehört zum dauerhaften Verändern der Verhältnisse die Übernahme von Regierungsverantwortung und Regierungsmacht. Dass wir heute eine Fraktion in der Opposition sind und CDU und FDP nach einer erneuten Landtagswahl wieder die Mehrheit stellten lag nicht an uns – die früher

„Chaotentruppe“ genannten Grünen waren während der zweiten „hessischen Verhältnisse“ geradezu ein Hort der Stabilität und Verlässlichkeit. Das ist mit Blick zurück auf unsere Anfangszeit im Landtag eine wirkliche Ironie der hessischen Landesgeschichte.

Nun steht 2013 wieder eine Landtagswahl an, und es gilt die erschöpfte und verbrauchte schwarz-gelbe Landesregierung endlich abzulösen. Die Fraktion der Grünen wird dann 31 Jahre alt sein und damit fünf Jahre älter als ihr derzeit jüngstes Mitglied. Seit 30 Jahren stellen wir immer wieder die jüngste Fraktion im Hessischen Landtag. Trotzdem: „Trau keinem über 30“? Das war schon 1982 eine sehr gewagte These. Neue Ideen, frisches Denken, gepaart mit über 30 Jahren Erfahrung, Kreativität und Engagement – dafür stehen wir auch im 31. Fraktionsjahr – hoffentlich dann auch wieder in Regierungsverantwortung.

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender



TAREK AL-WAZIR

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Medienpolitik

Ansprechpartner für die Stadt Offenbach

Tel.: 0611 / 350 580

E-Mail: t.al-wazir@ltg.hessen.de - Web: www.al-wazir.de

MARCUS BOCKLET

Sozialpolitischer Sprecher
Arbeit, Armutsbekämpfung, Kinder und Familie

Ansprechpartner für die Stadt Darmstadt und den Main-Kinzig-Kreis

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de - Web: www.marcusbocklet.de



ANGELA DORN

Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Ansprechpartnerin für die Kreise Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de

Web: www.angeladorn.de

ELLEN ENSLIN

Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

Ansprechpartnerin für die Kreise Hochtaunus, Wetterau

Tel.: 0611 / 350 620

E-Mail: e.enslin@ltg.hessen.de

Web: www.ellen-enslin.de



SIGRID ERFURTH

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Finanzen, Europa und Schutz der Werra

Ansprechpartnerin für die Kreise Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de - Web: www.sigrid-erfurth.de

MARTINA FELDMAYER

Sprecherin für Landwirtschaft, Gentechnik, ländlichen Raum,
Verbraucherschutz und Kultur

Ansprechpartnerin für Frankfurt am Main und den Odenwald-Kreis

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de - Web: www.martinafeldmayer.de



JÜRGEN FRÖMMRICH

Sprecher für Innen- und Rechtspolitik

Ansprechpartner für den Kreis Waldeck-Frankenberg

Tel.: 0611 / 350 632

E-Mail: j.froemrich@ltg.hessen.de

Web: www.juergen-froemrich.de

URSULA HAMMANN

Vizepräsidentin des Hessischen Landtages

Sprecherin für Natur- und Tierschutz

Ansprechpartnerin für die Kreise Groß-Gerau und Bergstraße

Tel.: 0611 / 350 741

E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de - Web: www.ursulahammann.de



FRANK KAUFMANN

Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt,
Landesentwicklung und Regionalplanung

Ansprechpartner für den Kreis Offenbach

Tel.: 0611 / 350 747

E-Mail: fp.kaufmann@ltg.hessen.de - Web: www.frank-kaufmann-mdl.de



KAI KLOSE

Sprecher für Wirtschafts-, Wohnungs-, Lesben- und Schwulenpolitik

Ansprechpartner für den Rheingau-Taunus-Kreis

Tel.: 0611 / 350 673

E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de

Web: www.kai-klose.de

MONNE LENTZ

Sprecherin für Frauen, Jugend,
Gleichstellung, Drogen

Ansprechpartnerin für den Landkreis Kassel

Tel.: 0611 / 350 742

E-Mail: m.lentz@ltg.hessen.de - Web: www.monnelentz.de



DANIEL MACK

Sprecher für Netzpolitik und Sport

Ansprechpartner für den Kreis Fulda

Tel.: 0611 / 350 744

E-Mail: d.mack@ltg.hessen.de

Web: www.danielmack.de

DANIEL MAY

Sprecher für Wissenschaft und Hochschule

Ansprechpartner für den Kreis Schwalm-Eder

Tel.: 0611 / 350 794

E-Mail: d.may@ltg.hessen.de

Web: www.daniel-may.de



KARIN MÜLLER

Verkehrspolitische Sprecherin

Ansprechpartnerin für die Stadt Kassel

Tel.: 0611 / 350 745

E-Mail: karin.mueller@ltg.hessen.de

Web: www.karin-mueller-mdl.de

MÜRRET ÖZTÜRK

Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

Ansprechpartnerin für die Kreise Lahn-Dill und Gießen

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oeztuerk@ltg.hessen.de

Web: www.muervet-oeztuerk.de



KORDULA SCHULZ-ASCHE

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende - Sprecherin für
Demografischen Wandel, Gesundheit, Alter und Behindertenpolitik

Ansprechpartnerin für die Kreise Main-Taunus & Darmstadt-Dieburg

Tel.: 0611 / 350 749

E-Mail: k.schulz-asche@ltg.hessen.de - Web: www.schulz-asche.de

MATHIAS WAGNER

Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Bildung

Ansprechpartner für Wiesbaden und den Kreis Limburg-Weilburg

Tel.: 0611 / 350 746

E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de - Web: www.mathiaswagner.de



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

GRÜNE ALTERNATIVEN: KONZEPTE FÜR HESSEN

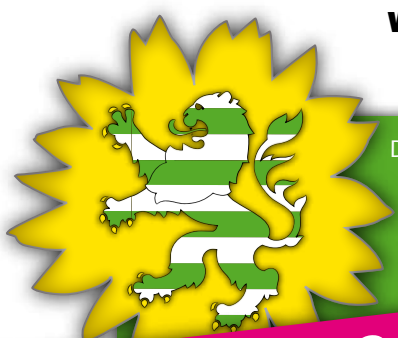
Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb:
Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

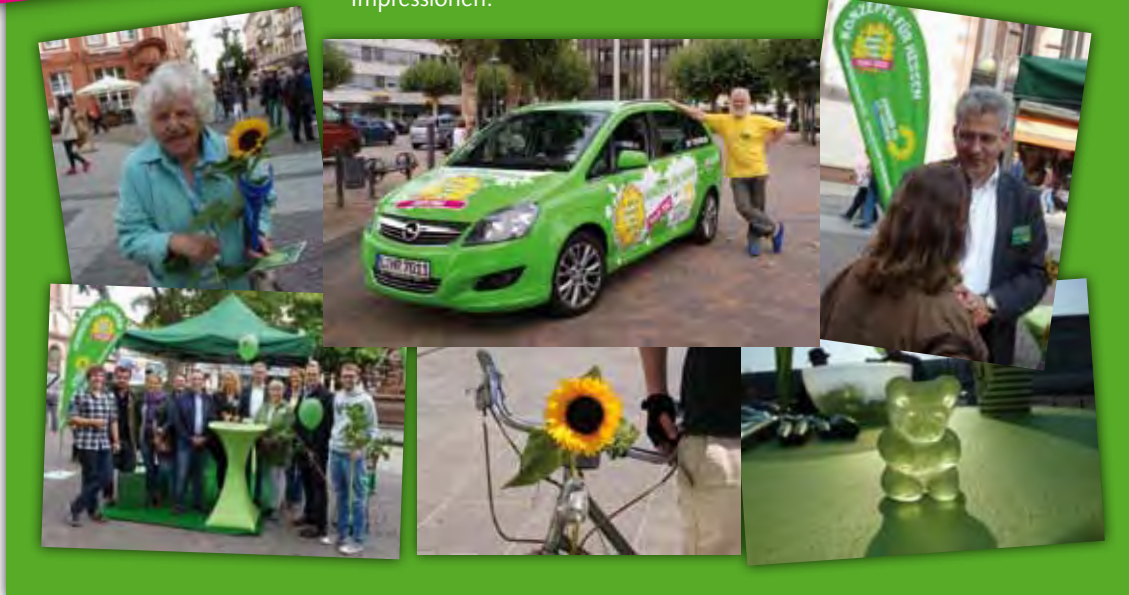
Weitere Informationen, die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung aller bislang erschienen Konzeptpapiere finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de/konzepte-fuer-hessen



TOUR 2012

Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, besser regiert zu werden ist das Fazit, das wir aus unserer viermonatigen Konzepttour durch Hessen ziehen. Vom Start am 20. August in Bad König bis zum letzten Tourtag am 3. November in Gießen legten unsere 17 Abgeordneten unterstützt von den Kreis- und Ortsverbänden vor Ort 6200 Kilometer mit dem Erdgasbetriebenen Opel Zafira zurück. Das knallgrüne Auto diente auch immer als Blickfang bei den 33 Ständen, die an 28 Tagen aufgebaut wurden. Während unserer Tour haben wir GRÜNE versucht, die Hessen mit unseren mittlerweile 21 Konzepten bekannt zu machen und haben außerdem zahlreiche Schulen, Kindertagesstätten und Betriebe besucht. Hier einige Impressionen:



1982 - 1983



PROVOKATION
MASSEDEMONSTRATIONEN

ROTATION

FORSTPOLITIK

GRUPPENGESPRÄCHE

IMPERATIVES MANDAT

ADE FDP

HESSISCHE VERFASSUNG

HEISSER HERBST

NEUWAHLEN

GEGENPROVOKATION

LEHRERAUSBILDUNG

GRÜNE GESETZE



ZUM ERSTEN MAL GRÜNE IM HESSISCHEN LANDTAG

Unser Eindruck vor 20 Jahren: Die parlamentarischen Akteure der traditionellen Parteien unterscheiden sich nur in Nuancen. Ihre Politik in Sachen Nachrüstung, Atompolitik und Bau der Startbahn West waren

AUTOR
Frank Schwalba-Hoth
 Mitglied des Hessischen Landtags 1983 und 1984.
 Mitglied des Europäischen Parlaments 1984 bis 1987.

eindeutige Belege. Nicht nur in den Inhalten, sondern auch in der Form waren sie ununterscheidbar: Anzüge, sklerotische Struktu-

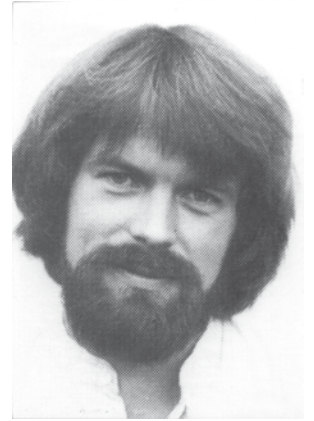
ren, unhinterfragte parlamentarische Rituale. So wollten wir auf gar keinen Fall sein.

Der Vorlauf

Das Programm für die Landtagswahl wurde Kapitel für Kapitel mit Tausenden von Änderungsanträgen in einem halben Dutzend Landesmitgliederversammlungen abgestimmt. Die zukünftigen Abgeordneten verpflichten sich, dem Mitgliederwillen unbedingt Folge zu leisten („imperatives Mandat“), zur Halbzeit zu rotieren und einen großen Teil ihres Gehalts an einen Ökofonds abzuführen.

Zur Wahlparty im Landtag wird einer aus unserer Liste nicht eingelassen. Aus Protest bleiben wir alle vor dem Portal und kleben uns Pflaster über die Mäuler. Das Stimmenergebnis: Ein großer Erfolg, wir sind drin und die FDP fliegt raus.

Es herrschte das Gefühl: Wir sind (zumindest in Hessen) die Speerspitze für eine ökologische Erneuerung und alle wollen uns behindern: Die FDP räumt ihre Büros nicht umgehend, die Verwaltung erwägt, uns ohne



Frank Schwalba-Hoth 1982

Schlips nicht in den Plenarsaal zu lassen, unsere Vorstellungen zum parlamentarischen Ablauf werden abgebügelt. Ein bisschen war die Situation, als ob die Bewohner des kleinen gallischen Dorfes in die Mitte des Römerlagers verpflanzt worden wären, die einen ohne Zauberspruch, die anderen ohne ihre Waffen – aber beide mit der Verpflichtung, sich friedlich nicht zu verstehen.

Clash der Kulturen

Da „die Anderen“ sich so weit von den Ursprüngen eines nachhaltigen hessischen Bundeslandes entfernt haben, tragen wir bei unserem Einzug in den Plenarsaal die in einen großen Karton verpackte Hessische Verfassung mit uns – „back to the roots“. Wir stehen in der positiven (ökologischen) Tradition der Verfassungsväter und -mütter. Ich erinnere mich an keine einzige parlamentarische Konstellation der Anfangsmonate,

wo wir nicht anders als „die Anderen“ abgestimmt hätten. Beim Skattunier des Landtages wurde gefrozzelt, ob wir denn überhaupt mischen, reizen und stechen können – und überraschten durch einen zweiten Preis. Fast jede unserer Plenarreden entfachte Feuerwerke an Zwischenrufen. Da die



GRÜNER Protest gegen den Ausschluss von Raphael Keppel



Pressekonferenz mit klarer Botschaft im September 1982: Die Grünen lehnen die Neuwahlforderungen von CDU und SPD ab

SPD uns die Sitze am linken Rand versagt hatte, wurden uns die Bänke in der Mitte zugewiesen – auch der Zurückhaltendste aus unserer Fraktion hatte somit die Chance, zu einem Zwischenruf-Champion zu werden.

So wäre es wohl endlos weitergegangen, hätte nicht ein Teil des Landtagspersonals begonnen, uns immer weniger als „missratene Töchter und Söhne“ zu sehen und anzufangen, diese arbeitswütigen Ökos (gemessen an der Zahl der Stunden, die wir im Gebäude verbrachten und der Zahl der Kleinen Anfragen, die wir produzierten) etwas ins Herz zu schließen. Außerdem kam es im Restaurant und an den Theken auch schon mal zu unerklärten Duz-Beziehungen zwischen MdLs der einen Seite und Mitgliedern unserer Bürogemeinschaft. In der Nachschau bin ich sicher, dass es etliche Alt-MdLs gab, die darunter gelitten haben, unseren bunten Haufen in den heiligen Hallen erleben zu müssen.

Transmissionsriemen

Zu unserem Selbstverständnis der Anfangsphase gehörte es, uns als Transmissionsriemen der Basis zu sehen - einerseits der Mitglieder der GRÜNEN und andererseits der Bewegungen. Wer die Anliegen derjenigen, die bisher nicht zu Wort gekommen waren, im Konzert der Politik zu Gehör brachte, war Meister, wer sich als Vordenker gerierte, wurde als

Manipulator empfunden. So war es auch nur natürlich, dass es zu Landesmitgliederversammlungen keine Leitanträge der Fraktion gab. Von SPD-Abgeordneten hörte ich später die Steigerungsformel „Gegner, Feind, Parteifreund.“ Unsere Landtagsgruppe wollte so etwas nicht wahrhaben. Als die ersten politischen (und persönlichen) Brüche auftraten, orderten wir (ohne größeren Erfolg) einen Gießener Psychologen für Gruppengespräche zu uns in den Landtag.



Heißer Herbst

Wir wollten die ganze (hessische) Welt verändern, die Sozis wollten da nicht mitspielen und die CDU hockte in ihrer rechtskonservativen Ecke. Da blieben Neuwahlen als einziger Ausweg. Währenddessen spitzte sich die Diskussion um die US-Mittelstreckenraketen zu, ein „heißer Herbst“ mit Massendemonstrationen überall in Deutschland stand bevor. Am Vortag der Landtagsauflösung lud darum der Landtagspräsident zu einer Solidaritätsfeier ein: Die Anwesenheit von US-Generälen sollte deutlich machen, dass trotz GRÜNER im Parlament und Pazifisten auf den Straßen die Deutschen fest zur nuklearen Supermacht stehen. Alle Landtags-GRÜNEN beschloßen, gegen die Provokation einer Einladung



GRÜNE „Landtagsgruppe“

an US-Generäle eine Gegenprovokation zu setzen. Ich schlug (in Anlehnung an das Alte Testament) Blut vor. Zum Empfang waren von uns GRÜNEN nur die Fraktionsvorsitzende und ich als Ausschussvorsitzender geladen.

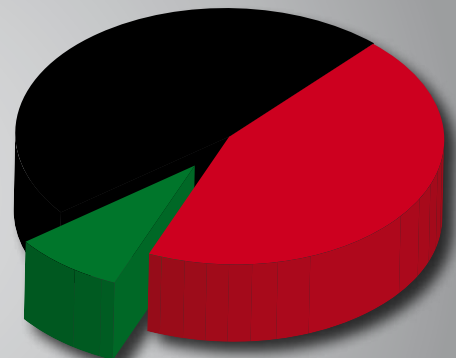
Also ließ ich mir 100 ml Blut abzapfen. Als der oberste US-General zu sprechen begann, goss ich ihm das Blut über die Orden. Ein anderer US-General mit Nahkampf Erfahrung zwang mich zu Boden. Der Empfang wurde unterbrochen, ich wurde des Landtages verwiesen und alle GRÜNEN versammelten sich mit Sonnenblumen vor dem Landtagsgebäude.

Die letzte Landtagssitzung enthielt eine Premiere: Ein Gesetz zur Lehrerausbildung und eines zu Forstpolitik wurden angenommen. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass von GRÜNEN eingebrachte Gesetzentwürfe eine Mehrheit fanden. Jeder Diskussionsbeitrag über die Ereignisse vom Vortag war untersagt, zwei GRÜNE MdLs, die es trotzdem versuchten, wurden des Saales verwiesen. Wir hatten alle mit Reaktionen gerechnet, wurden aber trotzdem von der Heftigkeit überrascht.

DER HESSISCHE LANDTAG 1982-1983:

DIE GRÜNE FRAKTION:

Iris Blaul
Reinhard Brückner
Marita Haibach-Walter
Roland Kern
Karl Kerschgens
Dorli Rauch
Gertrud Schilling
Frank Schwalba-Hoth
Dirk Treber



CDU: 45,6% - SPD: 42,8%
GRÜNE: 8,0%

1983 - 1987



HANAUER NUKLEARANLAGEN
KOALITIONSVERHANDLUNGEN
TURNSCHUHMINISTER
UMWELTSCHUTZ

TOLERIERUNG

BÜROGEMEINSCHAFT

ALTERNATIVE ENERGIEN

FRAUENAKTIONSPROGRAMM

REGIERUNGSBILDUNG

NACHRÜCKER

SHANGHAIER KUGELFISCHABKOMMEN

LANDTAGSGRUPPE



Wie wohl ist dem,
der dann und wann,
DIE GRÜNEN
wieder wählen kann!



ERSTE VERHANDLUNGEN ZUR REGIERUNGSBILDUNG DURCH TOLERIERUNG

1983 ergab sich nach der Neuwahl in Hessen eine rechnerische Mehrheit von SPD und GRÜNEN. Nach heftiger interner Debatte haben wir GRÜNE die SPD aufgefordert, in Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit uns einzutreten. Es folgten öffentliche Verhandlungen, von Funk und Fernsehen begleitet und von der „Basis“ in zum Teil



Priska Hinz, MdB

körperlicher Anwesenheit misstrauisch beäugt und kontrolliert. Nach mehr als einem halben Jahr und einer Mitgliederversammlung in Usingen, die die Zwischenergebnisse gebilligt hatte, wurden die Ergebnisse am 19. Mai 1984 auf einer Landesversammlung in Lollar

abgesegnet und die SPD-Landesregierung im Landtag von GRÜNEN und SPD gewählt.

Eine ganz andere politische Kultur

Bereits 1982 und dann nach der Neuwahl 1983, zogen wir GRÜNEN (in doppelter Anzahl als wir Mandate errungen hatten) in den Landtag ein. „Landtagsgruppe“ und „Bürogemeinschaft“ waren die Schlagworte mit denen wir erklären wollten, wie die Rotation von Abgeordneten zu gewährleisten sei, ohne zu viel an Erfahrung zu verlieren. Abgeordnete und NachrückerInnen teilten die Arbeitsgebiete auf. Jeder Ausschuss wurde von zwei Personen „betreut“ und die Büroarbeit wurde zwischen allen aufgeteilt. Bei der Presse und Öffentlichkeitsarbeit wurde darauf geachtet, dass kein Abgeordneter oder Nachrücker öfter als andere ins „Rampenlicht“ trat. Schließlich waren wir alle gut und hatten in stundenlangen Sitzungen bis in die Abendstunden und

am Wochenende alle Fragen und Problemlösungen bis zur Erschöpfung behandelt.

Verhandlungserfolge

Durch die Mitarbeit der GRÜNEN in einer parlamentarischen Mehrheit haben wir viele Ideen und Vorstellungen der Bürgerbewegungen und -initiativen in die Landespolitik einbringen können. Das Thema Umweltschutz und alternative Energien musste nun ernst genommen werden, und eine atomkritische Haltung nahm auch im Hessischen Landtag langsam einen Platz ein. Das erste hessische Frauenaktionsprogramm zur Herstellung der Gleichberechtigung wurde mit vielen Einzelschritten vereinbart und ist bis heute der Grundstein aktiver Frauenpolitik im Parlament geblieben. Im Schulbereich wurden die ersten sechsjährigen Grundschulen und die Integration behinderter Kinder offizieller Bestandteil von Regierungspolitik. Auch ein Kapitel „Frieden“ findet sich in der Vereinbarung.

Auf 112 eng beschriebenen Seiten wurden nicht nur Übereinkommen festgehalten, sondern auch „grundsätzliche Haltungen beider

AUTORIN
PRISKA HINZ
 Mitglied des Hessischen Landtages 1985 bis 1989 und 1995 bis 2005.
 Umwelt- und Familienministerin 1998 bis 1999



Die GRÜNE Fraktion im Hessischen Landtag
 vorne: Priska Hinz und Jochen Vielhauer



Parteien“ zum jeweiligen Thema oder einfach der Dissens mit dem Hinweis auf weitere ausführliche Diskussion. So wurde auch unsere Ablehnung der Startbahn West noch einmal festgehalten. Im GRÜNEN Druckwerk der Vereinbarungen haben wir in der Bleiwüste auch die Übereinkunft zum „Shanghai Kugelfischabkommen“ erfunden und aufgenommen, was niemandem sonderlich auffiel und noch heute zur Erheiterung führt.

Highlights

Zu Beginn unserer Parlamentsarbeit führen wir als Landtagsgruppe zu Klausuren in Selbstversorgerhäuser – möglichst billig, möglichst abgelegen und möglichst alternativ – nach unseren damaligen Vorstellungen. Eine beträchtliche Zeit ging also schon immer für die Vorbereitung unserer Mahlzeiten drauf, und es kam nicht selten vor, dass wir beim Kartoffelschälen die nächsten Verhandlungen

gen mit der SPD vorbereiteten. Als wir das erste Mal in ein Tagungshotel in Poppenhausen führen (wir wollten nicht mehr selber kochen), gab es einen Aufschrei der Basis und eine heftige Diskussion auf dem damaligen Landeshauptausschuss (heute Parteirat). Die Fraktion hat sich durchgesetzt – sie fährt noch heute in Hotels.

Das Förderstufenabschlussgesetz (die Bürokratie lässt grüßen) wurde zwischen GRÜNEN und SPD in Armenien verhandelt. Zum Abschluss einer Reise im Rahmen der Länderpartnerschaft wartete unsere Delegation auf der Flughafenterrasse in Eriwan auf den Abflug. Da die Maschine ca. sieben Stunden Verspätung hatte, nutzten Hartmut Holzapfel und ich die Zeit, um die in Wiesbaden fest-

gefahrenen Verhandlungen zu einem Ergebnis zu bringen. In diesem Falle mussten wir sogar ohne unser bevorzugtes Getränk in Armenien, den Ananassaft aus (und mit) der Blechdose, auskommen. Das Verhandlungsergebnis wurde dann in einem Moskauer Hotel durch einen Theaterauftritt eines Ministeriumsbeamten besiegelt.



Die Realos setzen sich durch: Die GRÜNE Landesmitgliederversammlung stimmt für die Bildung einer Koalition mit der SPD

Regierungsbeteiligung

Mit der Zeit wuchsen die Zweifel bei uns GRÜNEN, ob GRÜNE Politik ohne perso-



Heiterer Regierungseintritt: Joschka Fischer, Marita Haibach und Karl Kerschgens feiern die GRÜNE Premiere

nelle Beteiligung an der Regierung wirklich umgesetzt werden konnte. Trotz des energischen Widerstandes der „Fundamentalisten“ wurden 1985 von den „Realos“ Koalitionsverhandlungen geführt und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht.

Nach der Rotation, aber weiter in der Zusammensetzung der Landtagsgruppe, wurde die Besetzung des Umweltministeriums

durch Joschka Fischer als Minister und Karl Kerschgens als Staatssekretär festgelegt. Eine GRÜNE Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten mit eigener Behörde wurde mit Marita Haibach in die Regierung berufen. Auch in dieser Frage gab es heftige Auseinandersetzungen über die Strategie und Zukunft der Partei, aber die Mehrheit war der Meinung: „Selber machen ist besser“.

Das Scheinwerferlicht auf den ersten GRÜNEN Umweltminister konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass die Herausforderungen und Schwierigkeiten immens waren. Parteiinterne Diskussionen waren zu bestehen, der Umgang mit der Bürokratie und den Fallstricken der Verwaltung war aufreibend. Das wenig abgeklärte – eher reflexhafte – Verhalten zwischen SPD und GRÜNEN war problematisch. Tatsächlich aber brachte die Haltung der SPD die erste Rot-GRÜNE Koalition 1987 zu Fall, ausgelöst durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner zu den Hanauer Nuklearanlagen. Die SPD konnte sich vom Atomkurs noch nicht lösen und lehnte die Stilllegung der Nuklearbetriebe in der Neuauflage der Koalition mit dem Umweltminister Joschka Fischer ab. 1991 war da späte Genugtuung.

DER HESSISCHE LANDTAG 1983-1987:

DIE GRÜNE FRAKTION:

Iris Blaul bis 10.04.1985

Reinhard Brückner bis 15.02.1984

Marita Haibach bis 15.04.1984 (Staatssekretärin im Min. für Frauenangelegenheiten)

Roland Kern bis 19.04.1985

Karl Kerschgens bis 15.04.1985 (Staatssekretär im Umweltministerium)

Gertrud Schilling bis 16.04.1985

Dirk Treber bis 15.04.1985

Hans Christoph Boppel ab 16.04.1985 für Gertrud Schilling

Jürgen Engel ab 19.04.1985 für Roland Kern

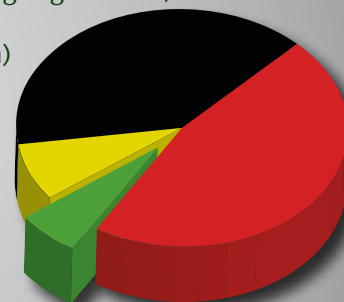
Priska Hinz ab 15.04.1985 für Karl Kerschgens

Franz-Peter Jakob ab 15.02.1984 für Reinhard Brückner

Jan Kuhnert ab 15.04.1984 für Marita Haibach

Bernd Messinger ab 10.04.1985 für Iris Blaul

Jochen Vielhauer ab 15.04.1985 für Dirk Treber



SPD: 46,2% - CDU: 39,4%
FDP: 7,9% - GRÜNE: 5,9%

1987 - 1991



TELEFONABHÖRAKTIONEN

TULPENZWIEBELN

UMWELTSCHUTZ

UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

BEINAHE GAU IN BIBLIS

TRANSNUKLEAR

DIÄTENSKANDAL

AUFBRUCH 88 - MITTE-FLÜGEL

INKLUSION



VIER JAHRE ENTSCLOSSENER KAMPF UM RÜCKKEHR IN DIE REGIERUNG

Die Stimmung war angespannt bis feindselig, das Klima frostig bis eisig. Keine guten Aussichten für einen neuen Start der GRÜNEN im Hessischen Landtag nach der Landtagswahl

AUTORIN
MAJA VON SCZEPANSKI
 Freie Journalistin, Landespolitische Korrespondentin der Frankfurter Neuen Presse 1980 - 1989

im April 1987. Nach 40 Jahren SPD-geführter Landesregierung gewinnt die CDU zusammen mit der FDP zum ersten Mal im tradi-

tionell roten Hessen die Wahl. Schuld daran sind in den Augen der Sozialdemokraten DIE GRÜNEN: Sie drohten der SPD nach 13 Monaten gemeinsamer Regierung mit Koalitionsbruch. Grund: Die SPD will ein weiteres Genehmigungsverfahren für die Hanauer Plutoniumfabrik Alkem. Ministerpräsident Holger Börner entlässt seinen Umweltminister Joschka Fischer nach der ersten Rot-GRÜNEN Koalition in Hessen am 9. Februar. Neuwahlen werden für April vorgesehen.

DIE GRÜNEN gewinnen zwar 3,5 Prozent dazu, doch es reicht nicht mit der SPD. Es kann deren Verluste – minus 6 Prozent –

nicht ausgleichen. Walter Wallmann übernimmt bei einer Stimme Mehrheit im Hessischen Landtag mit der FDP die Regierung.

„Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei...“

Die Freude der zehn GRÜNEN-Abgeordneten über ihren Stimmenzuwachs kollidiert mit den stinksauren Gesichtern der Sozialdemokraten. Joschka Fischer



Maja von Sczepanski, 1986

ballt in dieser Wahlnacht die Faust in der Hosentasche und verspricht den Christdemokraten innerlich: „Wir werden Euch vor uns hertreiben“. Anlass dazu ist die nicht enden wollende Siegesfreude der CDU: Franz Josef Jung und die Junge Union fahren Fahnen schwingend in offenen Autos um den Landtag herum und singen die halbe Nacht lang sehr lautstark: „Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei“.



Joschka Fischer legt sich schwer ins Zeug vor Rot-GRÜNEN Kussmündern im Wahlkampf 1987. Trotzdem reicht's am Ende nicht.



Bilder eines langen Kampfes: GRÜNE Landtagsabgeordnete demonstrieren im Februar 1989 gemeinsam mit den GRÜNEN Bergstraße gegen das AKW Biblis

In diese Legislaturperioden fallen mehrere höchst brisante Untersuchungsausschüsse. Es fängt mit dem Schmiergeld-Skandal bei Transnuklear in den Hanauer Plutoniumwerken an. Der Jurist Rupert von Plottnitz hat zum ersten Mal ein Mandat im Landtag und sitzt für DIE GRÜNEN in diesem Untersuchungsausschuss. Er macht es dem Ausschussvorsitzenden Klaus Peter Möller (CDU), wenn auch mit aller gebotenen rechtsanwältlichen Höflichkeit, nicht leicht. Am Rande der Sitzungen agiert Fischer mit lauten Zwischenrufen. Wallmann, als ehemaliger Bundesumweltminister, gerät in Bedrängnis und lässt sich durch einen solchen Zwischenruf das Wort „Proliferation“ von Fischer in den Mund legen, wie er später sagt. Wallmann wirkt durch diesen Untersuchungsausschuss bereits angeschlagen.

Der Diätenskandal ist der nächste Schlag für die CDU, auch für Wallmann. Iris Blaul, GRÜNEN-Fraktionsvize neben Fischer, rechnet am Küchentisch die neue Diätenregelung aus, die der CDU-Landtagspräsident Jochen Lengemann mit seinem SPD-Vize Erwin Lang im Januar 1988 vorgelegt hat. Der „Zugewinn“ und die Altersversorgung sind mehr als üppig. Bald finden sich DIE GRÜNEN im Kampf gegen diese Selbstversorgung in ungewohnter Nähe, Arm in Arm mit dem

Bund der Steuerzahler. Wallmann hatte das Gesetz unterschrieben, die beiden Landtagspräsidenten müssen zurücktreten.

Beinahe-GAU in Biblis

Für den nächsten Untersuchungsausschuss sorgten die Zitate des damaligen Innenministers Gottfried Milde (CDU) aus geheimen Telefonabhöraktionen. Wie elektrisiert sprangen DIE GRÜNEN von den Sitzen im Plenum und klärten die Journalisten auf der Tribüne über die Ungeheuerlichkeit auf. Der verheimlichte Beinahe-Gau im Atomkraftwerk Biblis lieferte die nächsten Schlagzeilen. Die SPD brachte Wallmann

mit seinen Tulpenzwiebeln in die Schiefelage. Die wuchsen nämlich in seinem Frankfurter Garten, wurden aber nicht aus seiner Tasche, sondern von der Stadt bezahlt. Und die Auslagerung der Genehmigungsakten für



Beilage in „Stichwort GRÜN“, Monatsmagazin der GRÜNEN in Hessen, Ausgabe März 1988

die Hanauer Plutoniumwerke aus dem hessischen Umweltministerium unter Karlheinz Weimar (CDU) – ausgerechnet in die Atom-smiede nach Hanau – machte den Kohl zum Schluss noch fett. Alles Themen, die den GRÜNEN auf den Leib geschrieben waren.

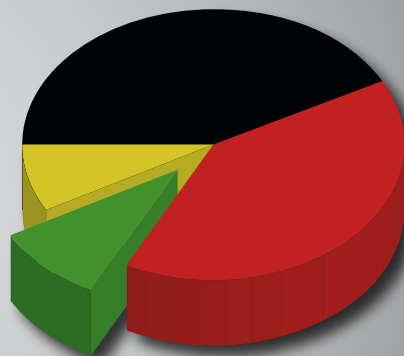
Die treibende Kraft in diesen vier Jahren, um der CDU/FDP-Regierung die Mehrheit wieder abzugeben, waren sicherlich DIE GRÜNEN, allen voran ohne Zweifel Fischer. Die SPD tat sich schwer, den Schock zu verdauen.

DER HESSISCHE LANDTAG 1987-1991:

DIE GRÜNE FRAKTION:

Iris Blaul
 Hans Christoph Boppel bis 14.11.1989
 Joseph Fischer
 Fritz Hertle
 Priska Hinz bis 28.09.1989
 Angela Korwisi
 Rupert von Plottnitz
 Herbert Reeh
 Irene Soltwedel
 Daniela Wagner-Pätzhold

Ulrike Riedel ab 28.09.1989 für Priska Hinz
 Reinhold Weist ab 15.11.1989 für Hans Christoph Boppel



CDU: 42,1% - SPD: 40,2%
 GRÜNE: 9,4% - FDP: 7,8%

1991 - 1995



KOALITIONSV ERHANDLUNGEN
NEUE LEHRERSTELLEN
GRUNDWASSERABGABE

KINDERBETREUUNGSP LÄTZE

KONSOLIDIERUNG

ÖPNV-GESETZ

ATOMAUSSTIEG

DIREKTE DEMOKRATIE

DROGENHILFE

BÜRGERENTSCHEIDE



POLITIK IN ZEITEN ROT-GRÜNER HARMONIE UND FINANZIELLER ZUWÄCHSE

Der Wahlabend war wie so oft eine Zitterpartie. Erst gegen 21 Uhr stand mit dem 10. Mandat für die GRÜNEN - das war auch noch mein Listenplatz- die Abwahl von Wallmann

AUTOR
REINHOLD WEIST
 Mitglied des Hessischen Landtages von 1989 bis 1999, Parlamentarischer Geschäftsführer 1991 bis 1998

& Co. bereits nach vier Jahren fest. Deren Pannen-Serie und der erste Golfkrieg machten einen damals wenig bekannten Kassel

er Oberbürgermeister namens Hans Eichel zum neuen Ministerpräsidenten. Mit viel Elan gingen Rot und GRÜN in ausgiebige Koalitionsgespräche auf gleicher Augenhöhe: Atom-Ausstieg und neue Kindergärtenplätze, moderne Drogenhilfe und Investitionen in Wind und Sonne mündeten in ein großes Umweltministerium und ein hübsches Familienministerium, das den ersten kleinen Familienkrach in Fraktion und Landesverband auslöste. Auch die Bonner Bühne des Bundesrates wurde GRÜN bestückt. Hessen sollte auch seinen Beitrag zur Rückkehr in den Bundestag leisten, was ja 1994 mit Joschka und Antje Vollmer kraftvoll gelang.

Für die vielen kleinen Erfolge fehlt hier der Raum. Es war eine Zeit des Rot-GRÜNEN Aufbruchs. Eine aus heutiger Sicht anfangs gute Finanzlage des Landes wurde zum Ab-

bremsen des Schuldenanstiegs genutzt, was bis heute als Herzstück solider Rot-GRÜNER Finanzpolitik gilt. Ansonsten wurde manch Rotes und GRÜNES Herzensanliegen mit kleineren und größeren Förderprogrammen bedacht. Teuerstes Vorhaben war die Einstellung von 3000 neuen Lehrern. GRÜNE standen für ein faires Miteinander von Gesamtschulen und Gymnasien, das Raum für Neues eröffnete statt alte Grabenkämpfe weiterzuführen. Die Schulpolitik sollte sich endlich nicht in jeder Wahlperiode ändern. Kleine Klassen und neue Schulprofile sorgten für gute Stimmung bei Lehrern, Schülern und Eltern, bis die enger werdenden Finanzen auch den Schulen Umschichtungen und Einsparungen zumutete.



Reinhold Weist, 1991

Das bundesweit erste ÖPNV-Gesetz

In der Verkehrspolitik gab es das bundesweit erste ÖPNV-Gesetz, indem die beiden Verkehrsverbände und der Ausbau von Schienennetz und Bustakten festgeschrieben wurde. Zwei Jahre lang stemmte sich das Rot-



Joschka Fischer und Hans Eichel zeigen sich gut gelaunt zu Beginn der Neuauflage von Rot-GRÜN 1991



Das Rot-GRÜNE Kabinett 1991

GRÜNE Hessen gegen die Bundesautobahnen A 44 und A 49 in Nordhessen. Nach deutlichen Wählerverlusten der SPD bei der Kommunalwahl 1993 musste dies im Falle der A 44 korrigiert werden. Im Gegensatz zur Energie- und Atompolitik fehlen in der Verkehrspolitik bis heute gesellschaftliche Mehrheiten für eine Begrenzung des Autoverkehrs.

Mit Bürgerentscheiden in den Gemeinden haben wir jetzt 20 Jahre Erfahrung, weil Hessen damals als erstes Bundesland diesen Schritt direkter Demokratie neu einführte. Wir GRÜNEN und andere, die uns beim Thema Ausbau der Bürgerbeteiligung folgten, mussten dabei lernen, dass es auch Mehrheiten gegen unsere Anliegen geben kann, wie beim Votum in Hamburg gegen die 6-jährige Grundschule, in Baden-Württemberg für Stuttgart 21 oder in Lübeck für den dortigen Regionalflughafen. Ungeklärt bis heute ist etwa, zu welchem Zeitpunkt solch ein Bürgervotum vernünftig ist.

Ein Studiengang „ökologischer Landbau“ an der Universität Kassel/Witzenhausen und Zuschüsse für Bauern sollten Anreiz zur Umstellung auf Bio-Lebensmittel bieten. Mit der Grundwasserabgabe wurde kostbares Wasser ein bisschen teurer, um damit Wasserspar-Techniken und eben diesen Öko-Landbau zu fördern. Ein kluger Weg, der diese Förderung den Sparzwängen entzog. Umweltpolitik war mehr als Atom-Ausstieg.

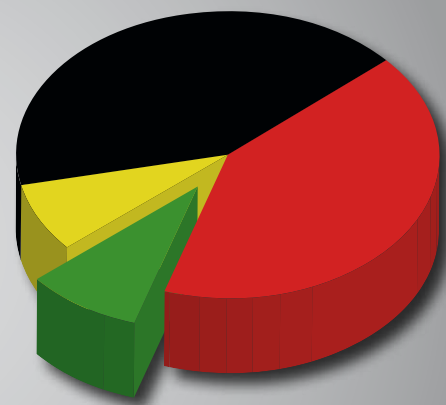
Kein Wunder also, dass Rot und GRÜN dem Wahltag optimistisch entgegensahen. Für die Hessen-GRÜNEN gab es 1995 mit 11,2% und 13 Mandaten ihren damals größten Wahlerfolg. Mit dem neuen Justizministerium und dem kombinierten Umwelt- und Familienministerium ging es in turbulente Zeiten, weil auch der oppositionelle Impetus der Grünen mit der schwerer werdenden Regierungsverantwortung noch nicht abschließend ausgetragen war. Dies klärte dann die rot-grüne Zeit unter Fischer und Schröder.

DER HESSISCHE LANDTAG 1991-1995:

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Iris Blaul bis 08.04.1991 (Gesundheits- und Familienministerin)
- Joschka Fischer bis 08.04.1991 (Umweltminister)
- Fritz Hertle
- Karl Kerschgens
- Rupert von Plottnitz bis 13.10.1994 (Umweltminister)
- Evelin Schönhut-Keil
- Senta Seip
- Irene Soltwedel bis 18.07.1994
- Daniela Wagner bis 15.11.1994
- Reinhold Weist

- Horst Burghardt ab 08.04.1991 für Joschka Fischer
- Jürgen Frömmrich ab 15.11.1994 für Daniela Wagner
- Karin Hagemann ab 08.04.1991 für Iris Blaul
- Maria Marx ab 10.11.1994 für Margareta Wolf
- Hans-Jürgen Schülbe ab 14.10.1994 für Rupert von Plottnitz
- Margareta Wolf ab 22.07.1994 für Irene Soltwedel bis 09.11.1994



CDU: 40,8% - SPD: 40,2%
 GRÜNE: 8,8% - FDP: 7,4%

1995 - 1999

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Landtagsfraktion Hessen



UNESCO WELTERBESTÄTTE

WIEDERWAHL

GRUBE MESSEL

MISCHOXID-ALTANLAGE

BÜRGERRECHTE

GRÜNER JUSTIZMINISTER

LUXUSKNAST



VON BÜRGERRECHTEN UND LUXUSKNÄSTEN

Für die hessischen GRÜNEN lag das Interesse an der Übernahme des Justizressorts 1995 in der Chance, die eigenen bürgerrechtlichen und rechtsstaatliberalen Ansätze politisch zu stärken und zu akzentuieren. Die SPD

AUTOR
RUPERT VON PLOTTNITZ
 Mitglied des Hessischen Landtages von 1987 bis 1994, Fraktionsvorsitzender 1991 bis 1994. Von 1994 bis 1995 Hessischer Umwelt- und von 1995 bis 1999 Hessischer Justizminister.

verfügt zwar gerade in Hessen – namentlich in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – über bedeutende liberale rechtsstaatliche Traditionen, verkörpert in Namen

wie Georg August Zinn, Adolf Arndt oder dem einstmaligen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, hielt aber, aus Sicht der GRÜNEN dankenswerterweise, in den Koalitionsverhandlungen 1995, das Justizressort der Mühe eines heftigen Kampfes für nicht wert.

Der erste GRÜNE Justizminister ein Schock für die CDU

Für die CDU als seinerzeitige Oppositionspartei war der „erste GRÜNE Justizminister“ allerdings ein ziemlicher Schock. In Angelegenheiten der Innen- und Justiz-

politik hielt und hält sie sich in Hessen bekanntlich nach wie vor für so etwas wie die geborene Monopolpartei.

Über die Jahre bis 1995 hatte sie sich mit viel Müh' und Not an GRÜNE Ministerinnen und Minister im Umwelt- oder Frauenressort gewöhnt. Aber ein leibhaftiger GRÜNER im Justizressort,



Rupert von Plottnitz, 1987

wo es im Falle eines Falles auch um die Ernennung von Gerichtspräsidenten/innen und Generalstaatsanwälten/innen geht und noch dazu einer, der in den großen Staatsschutzprozessen der siebziger Jahre nicht die Bank der Ankläger oder Richter, sondern die der Verteidigung verstärkt hatte, das war denn doch zu viel für die eigene schreckhafte politische Seele. Zum Zwecke der Kühlung des eigenen Mütleins musste eine breit angelegte Kam-



SPD und GRÜNE starten nach der Wiederwahl 1995 die Koalitionsverhandlungen



GRÜNE Abgeordnete und MitarbeiterInnen der 14. Legislaturperiode (1995-1999)

pagne her, um die Bürgerinnen und Bürger auf den alsbaldigen Untergang des Hessenlandes im Zeichen des „Sicherheitsrisikos GRÜNER Justizminister“ vorzubereiten.

Nimmermüder Eifer über ganze vier Jahre hinweg war der Hessen-CDU dabei ebenso wenig zu bestreiten wie manch' satiregeeigneter Rohrkrepiierer im Eifer des Gefechtes. Die Sache mit dem sogenannten und angeblichen „Luxusknast“ in Weiterstadt zum Beispiel. Dessen Errichtung, inklusive Hallenbad, wurde der Öffentlichkeit von der CDU als typisches Produkt der abenteuerlichen Vorstellungen eines GRÜNEN Justizministers präsentiert. Da gelang es erst mit dem Hinweis, dass Knast und Hallenbad bereits 1989 vom damaligen Finanzminister Manfred Kanther (CDU) und seinem Parteifreund im Justizressort Karl Heinz Koch beschlossen und verkündet worden waren, und dass ein Hallenbad im Knast selbst aus dem Licht eines GRÜNEN Justizministers nicht zu den unveräußerlichen Menschenrechte gehöre, für die notwendige Ernüchterung zu sorgen.

Mischung aus Maulheld und Papiertiger

In der rechts- und kriminalpolitischen Sache selbst erwies sich die Hessen-CDU allerdings schnell als die arttypische Mischung aus Maulheld und Papiertiger, als die sie

sich mittlerweile auch in der Regierungsrolle bekannt gemacht hat: Im Umgang mit den Eierdieben dieser Welt prompt mit dem Ruf nach der ganzen Strenge des Gesetzes zur Stelle, dafür aber Nachsicht und Täterfreundlichkeit im Umgang mit den Übeln der Wirtschaftsdelinquenz und der Korruption. Das Vorhaben eines Unternehmensstrafrechts, mit dem das GRÜNE Justizressort 1998 im Interesse einer größeren Effektivität der Strafverfolgung im Bereich der Wirtschaftskriminalität im Bundesrat initiativ wurde, stieß bei der Hessen-CDU auf strikte Ablehnung.

Verteidigung des Rechtsstaates und der Bürgerrechte

In der Auseinandersetzung mit dem kriminalpolitischen Populismus der Kochs und Christean Wagners von der CDU war die Verteidigung des Rechtsstaates und der Bürgerrechte durch das GRÜNE Justizressort in der Zeit von 1995 bis 1999 sicherlich nicht immer einfach und bequem.

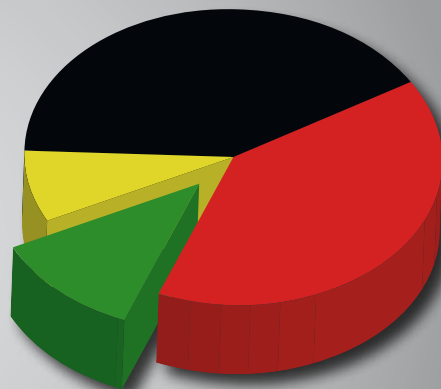
Anders als die CDU auf Bundesebene im Falle des Bundesinnenministers von der SPD wäre kein CDUler in Hessen je auf den Gedanken gekommen, öffentlich zu erklären, der GRÜNE Justizminister könnte „einer von uns“ sein. Der Sache geschadet hat das nicht.

DER HESSISCHE LANDTAG 1995-1999

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Tarek Al-Wazir
- Iris Blaul bis 05.04.1995 (Gesundheits- und Familienministerin)
- Horst Burghardt bis 01.09.1997
- Karin Hagemann bis 09.10.1997
- Ursula Hammann
- Fritz Hertle
- Priska Hinz bis 31.03.1998
- Alexander Müller
- Ronja Perschbacher
- Rupert von Plottnitz bis 05.04.1995 (Justizminister)
- Evelin Schönhut-Keil
- Senta Seip
- Reinhold Weist bis 07.12.1998

- Dagmar Deutschendorf ab 09.09.1997 für Horst Burghardt
- Jürgen Blutte ab 01.04.1998 für Priska Hinz
- Sigrid Erfurth ab 08.12.1998 für Reinhold Weist
- Andreas Kammerbauer ab 10.10.1997 für Karin Hagemann
- Frank-Peter Kaufmann ab 05.04.1995 für Iris Blaul
- Maria Marx ab 05.04.1995 für Rupert von Plottnitz



CDU: 39,2% - SPD: 38,0%
 GRÜNE: 11,2% - FDP: 7,4%

1999 - 2003

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Landtagsfraktion Hessen



KAMPF GEGEN FLUGHAFENAUSBAU

LÜGENBARON

SCHULKAMPF

JÜDISCHE VERMÄCHTNISSE

KINDERGÄRTEN ZU BILDUNGSGÄRTEN

DOSENPFAND

SCHWARZGELDSKANDAL



CDU = KOCH = SCHWARZGELD

Die Legislaturperiode begann schon mit einem Desaster. Nach der widerlichen ausländerfeindlichen CDU-Wahlkampagne zur Doppelten Staatsbürgerschaft haben wir GRÜNE unsere bitterste Niederlage bei einer

AUTORIN
SARAH SORGE
 Mitglied des Hessischen Landtages von 2001 bis 2012.

Landtagswahl erlitten – unser Wahlergebnis ist auf 7,2 Prozent gesunken, das war ein Verlust von 4 Prozent. Die-

ses Ergebnis hat uns in die Opposition und Roland Koch in das Ministerpräsidentenamt geführt. Ehrlicherweise war aber nicht allein das spaltende Geschick von Roland Koch, sondern durchaus auch massive eigene Fehler während unserer Regierungszeit und auch die damals nicht so ruhmreiche Bilanz der noch neuen rot-GRÜNEN Bundesregierung Schuld an dem desaströsen Ergebnis.

Der CDU-Spendenskandal

Die prägendste Erinnerung an diese Wahlperiode lautet: „CDU = Koch = Schwarzgeld“. Heute kaum noch vorstellbar ist, dass zu Beginn des 99er-Landtagswahlkampf nur Eingeweihte wussten, wer Roland Koch überhaupt war. Heute steht Roland Koch wie kaum ein anderer für den Kampfverband Hessen-CDU. Und er steht wie kaum ein anderer für einen politischen Lügner.

Erinnern wir uns doch mal kurz an den größten politischen Skandal unseres Bundeslandes: Kurz vor Weihnachten 1999 sind bei der

Hessen-CDU über 20 Millionen Euro aufgetaucht. Roland Koch hatte über die Herkunft mehrfach die Unwahrheit gesagt, die wahre Herkunft wurde mit Trickereien und Ausreden verschleiert und im Schwarzgelduntersuchungsausschuss kam vieles, aber noch lange nicht alles ans Tageslicht. Der Schwarzgeldskandal hat die innerparteilichen Strukturen, den Corpsgeist der hessischen CDU, insbesondere auch deren mangelnde Fähigkeit zu Kritik aus den eigenen Reihen aufgezeigt, wie kein anderes Ereignis. Der Schwarzgeldskandal - und im Besonderen auch noch der Skandal im Skandal: Das perfide Erfinden der angeblichen jüdischen Vermächtnisse - hat für viele das Bild der hessischen CDU und auch das Bild



Sarah Sorge



Roland Kochs geprägt und sicher auch einen Großteil dazu beigetragen, dass die Gräben zwischen uns GRÜNEN und ‚den Schwarzen‘ im Hessischen Landtag ganz besonders tief sind. Mir ist aus dieser Zeit eine Anekdote in Erinnerung, die die Stimmung dieser Tage sehr gut beschreibt. Als ich 2001 in den Landtag nachgerückt bin, fragten mich immer wieder Freunde und Bekannte, ob ich Roland Koch denn die Hand schütteln würde. Meine Antwort: „Natürlich tue ich das. Ich gehe danach aber immer sofort aufs Klo, um mir die Hände zu waschen.“



Die Landtagsfraktion auf dem Hessentag 2002.

Die Wiederwahl Roland Kochs und der Hessen-CDU nach der Legislaturperiode 1999 bis 2003 hat mir nochmal deutlich vor Augen geführt, dass die Menschen Politik immer kurzlebiger wahrnehmen und aktu-



Die Landtagsfraktion der GRÜNEN im Jahr 2002.

elle Betroffenheit bei der Wahlentscheidung eine immer größere Rolle spielt. Beruhigend war die Erfahrung, dass der erneute Versuch eines spaltenden Wahlkampfs der Koch-CDU im Jahr 2008 gescheitert ist. Das lässt hoffen.

NEIN zum Flughafenausbau

Gerade heute, nach Eröffnung der Landebahn am Frankfurter Flughafen und persönlich in Regierungsverantwortung in Frankfurt, wird mit täglich bewusst, wie klug, informiert und weitsichtig wir schon vor über zehn Jahren waren. All das, was die Bevölkerung und auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien heute am Flughafenausbau kritisieren, habe ich dank der Weitsicht und der argumentativen Unterstützung von

Frank Kaufmann schon vor Jahren prognostiziert: Die Lärmbelastung, die Schadstoffbelastung und die Auswirkungen auf die Gesundheit, die soziale Infrastruktur und auf weite Teile der Region. Und auch wenn die Auswirkungen des Ausbaus für die Region in Teilen nicht zu ertragen sind tut es doch gut heute von vielen Menschen vor Ort zu hören, sie hätten uns GRÜNE damals für ökologische Spinner gehalten und müssten heute im Nachhinein selbstkritisch feststellen: Wir GRÜNE hatten all die Jahre Recht!

Bildungskonzepte statt Schulkampf

In die Zeit der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 fiel auch die Diskussion über die PISA-Studie und die Schlüsse, die aus den Ergebnissen der Studie gezogen werden sollten. Hier haben wir den Grundstein dafür gelegt zu zeigen, dass uns GRÜNEN bildungspolitische Konzepte wichtiger sind als die Fortsetzung des Schulkampfs. Während die CDU weiter am Dreigliedrigen Schulsystem festhielt und die SPD nun statt der Gesamtschule die Gemeinschaftsschule



Podiumsdiskussion anlässlich des 20 jährigen Jubiläums.



Verteilaktion auf dem Weihnachtsmarkt in Wiesbaden 2002.

Bildung vorstellen und bei der Kinderbetreuung den Bildungsaspekt gleichwertig neben den Betreuungsaspekt gestellt. An dieser Argumentation kommt heute kaum noch einer vorbei – auch wenn CDU und CSU in der Familienpolitik immer mal wieder den Blinker nach rechts setzen oder, siehe Betreuungsgeld, den Rückwärtsgang einlegen.

proklamierte, haben wir die Probleme unseres Schulsystems genauer analysiert. Nach dieser Analyse haben wir eben differenziertere Antworten gegeben und mit dieser Vorarbeit schon die Richtung, für die bildungspolitischen Konzepte, die in der Legislaturperiode von 2003 bis 2008 erarbeitet wurden, eingeschlagen und deren Weg geebnet.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Schon seit Jahren und Jahrzehnten sind die ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘ und die ‚Gute Bildung von Anfang an‘ GRÜNE Themen mit hoher Priorität. So haben wir bereits in der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 unter dem Schlagwort ‚Kindergärten zu Bildungsgärten‘ aufgezeigt, wie wir uns qualitativ hochwertige frühkindliche

Wegbereitung der Konzeptpartei

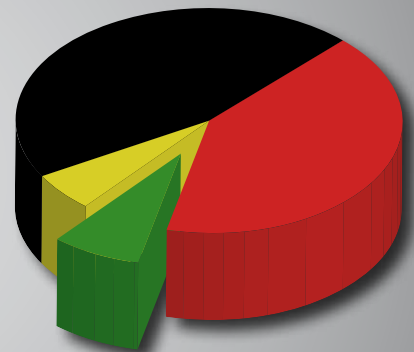
Alles in allem kann man selbstbewusst sagen, dass wir schon in unserer ersten Legislaturperiode als Opposition in der ‚Koch-Ära‘ den Weg hin zur Konzeptpartei geebnet und beschritten haben. Inzwischen, insbesondere in der aktuellen Legislaturperiode, drei Legislaturperioden weiter, haben wir zahlreiche Konzepte ausgearbeitet und mit unseren Ideen zahlreiche Hessinnen und Hessen überzeugt. Ich hoffe sehr, dass sich unsere gute Arbeit in das langfristige Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler eingepägt hat und eine zukünftige Abgeordnete bei der Bilanzbroschüre 40-Jahre GRÜNE Hessen von der kommenden Legislaturperiode über eine erfolgreichen Zeit und der Umsetzung unserer Konzepte in der Regierung berichten kann.

DER HESSISCHE LANDTAG 1999-2003

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Tarek Al-Wazir
- Ursula Hammann
- Priska Hinz
- Frank-Peter Kaufmann
- Alexander Müller bis 25.01.2001
- Rupert von Plottnitz
- Evelin Schönhut-Keil
- Barbara Weitzel

Sarah Sorge ab 26.01.2001 für Alexander Müller



CDU: 43,4% - SPD: 39,4%
GRÜNE: 7,2% - FDP: 5,1%

2003 - 2008

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Landtagsfraktion Hessen



OPERATION DÜSTERE ZUKUNFT

WORTBRUCH

NACHTFLUGVERBOT

SCHROTTREAKTOR

DÜBELSKANDAL

WIESBADENER RATHAUS

SUMPFIEBE



DÜSTERE ALLMACHTSFANTASIEN DER HESSEN-CDU

Es war für uns GRÜNE schon eine arge Enttäuschung als am Abend des 2. Februar 2003 Roland Koch mit einer absoluten Mehrheit der Mandate in die neue Legislaturperiode startete.

AUTOR
FRANK KAUFMANN
 Mitglied des Hessischen Landtages seit 1995, Parlamentarischer Geschäftsführer 1998 - 2008.

Das durfte doch eigentlich nicht wahr sein: die Hessen-CDU regiert erstmals allein und Koch kommt obendrein gestärkt aus dem Schwarz-

geldskandal heraus. Obwohl für alle sichtbar seine Lügengebäude krachend zusammengebrochen waren, hatten ihn dennoch die hessischen Wählerinnen und Wähler mit mehr Zustimmung denn je belohnt; vielleicht auch weil man lieber einen Regierungschef wollte, der zwar unehrlich und mit allen Wassern gewaschen war, aber auch deutlich cleverer als der biedere SPD-Gegenkandidat.

Operation düstere Zukunft

So gestärkt konnte die schwarze Mehrheit dann auch gegenüber ihrer zuvor mit Eifer betriebenen Misswirtschaft einen Kurswechsel einläuten – mal wieder von Unehrlichkeit geprägt, weil nämlich gar nicht wirklich gespart wurde. Wie bei Koch üblich, geschah dies mit großem Getöse; der Chef leitete die Präsentation und dozierte höchst selbst, während Finanzminister Karlheinz Weimar nur noch die Folien wechseln durfte. Von uns GRÜNEN wurde diese Aktion, bei der reichlich Landesvermögen verkauft und vor allem die Bediensteten heftig belastet wurden, denn auch die „Operation Düstere Zukunft“ genannt.



Plakataktion vor dem Landtag 2006.

Ohne auf Gegenargumente oder Proteste zu hören, setzten die Regierung Koch und ihre CDU-Claqueure eine massive Arbeitszeiterhöhung für die Beamten bei gleichzeitiger Einkommenskürzung durch. Damit konnte dann auch vorgerechnet werden, dass man über tausend Lehrerstellen faktisch einsparen konnte, ohne Einbußen am Unterricht zu haben – natürlich nur in der Theorie.



Frank Kaufmann misst 2004 die Nordbahn aus.

Ergänzt wurden die Einschnitte der Operation Düstere Zukunft noch mit Zuschusskürzungen um rund 30 Mio. Euro vor allem für diejenigen sozialen Initiativen, die Koch schon immer ein Dorn im Auge waren, wie Frauenhäuser, Schuldner- und Erziehungsberatungen. Doch eine Konsolidierung der Finanzlage des Landes fand nicht statt, auch die danach aufgestellten Landeshaushalte überschritten die verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenze weiterhin; dennoch verbreitet sich hartnäckig die Legende, dass die Schwarzen sorgfältig mit Geld umgehen könnten.

Allmachtsfantasien

Wenn ein politisches Korrektiv in Form eines Koalitionspartners völlig fehlt, dann sprießen die Allmachtsfantasien heftig und erzeugen oft besonders dramatische politische Fehler. Dies hat die fünfjährige CDU - Alleinherrschaft überreichlich vorgeführt. Die Einführung der verkürzten Schulzeit von acht Jahren bis zum Abitur ist hierfür das Menetekel der Hessen-CDU. Alle Kommentare – aus Politik, Wissenschaft und Schulpraxis – hatten nachdrücklich gewarnt, dennoch wurde ein eigenwilliger hessischer Weg der Schulzeitverkürzung gewählt, der zu massiver Überlastung der Schülerinnen und Schüler vor allem in der Pubertät und in Folge sehr schnell zu lautstarken Protesten gerade auch im konservativen Klientel führte. Seitdem wird

an der missratenen „Reform“ herumgedoktert.

So war fast schon traditionell auch in der 16. Legislaturperiode des Landtags Schulpolitik das wichtigste kontroverse Thema hessischer Landespolitik und blieb es durchgängig. Ob Zentralabitur oder die sogenannte Unterrichtsgarantie PLUS – kritische Argumente wurden von der absoluten CDU gern übergangen und Fehler vertuscht, sodass die Kultusministerin zunehmend weniger Rückhalt fand.

Einen besonderen Kampf mussten wir GRÜNE mit der Regierungsmehrheit um die Einführung der Studiengebühren führen; hier erwies sich die FDP trotz formaler Oppositionsrolle im Landtag nicht nur als eine wichtige Stütze der Regierung, sie war geradezu die treibende Kraft. Eine von uns gemeinsam mit der SPD angestregte Klage vor dem Staatsgerichtshof scheiterte knapp – wohl eher auch an politischen denn an rechtlichen Gründen. Die Studiengebühren – verniedlichend „Studienbeiträge“ genannt – wurden Gesetz und konnten von uns erst wieder, dann gemeinsam mit SPD und LINKE, in der folgenden Legislaturperiode abgeschafft werden.

Hessischer Landtag im Wiesbadener Rathaus

Mehr als die Hälfte dieser Legislaturperiode musste die Arbeit des Landtagsplenums äußerst beengt von statten gehen, weil nach nur etwas mehr als vierzig Jahren das alte Plenarsaalgebäude an der Grabenstraße abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wurde. Die Abgeordneten versammelten sich in dieser Zeit im Wiesbadener Rathaus; der dortige Plenarsaal wurde dafür dicht an dicht mit Sitzgelegenheiten vollgestellt. Die Abstände zwischen den Plätzen waren so



Die Landtagsfraktion 2005 im Kurpark in Wiesbaden.

knapp, dass Verkehrsminister Alois Rhiel in einer hitzigen Debatte zum Flughafenausbau mit einem Schritt von der Regierungsbank ans Redepult springen konnte und mit den Worten: „wo haben Sie denn das her?“ versuchte, Tarek einen Brief, aus dem er gerade zitierte, wegzunehmen. Für diesen Eklat entschuldigte sich Rhiel anschließend – er wäre ihm wohl nicht passiert, wenn die Verlockung nicht so nah gelegen hätte – und wir GRÜNE mal wieder mehr Informationen hatten, als dem Minister lieb war.

Diese Anekdote zeigt auch an, dass der Flughafenausbau in Frankfurt ein beherrschendes Thema während der gesamten Legislaturperiode darstellte. Mehrere Gesetzesänderungen um den Weg zum Ausbau frei zu räumen, viele vor allem von uns GRÜNEN angezettelte Debatten über die Ungereimtheiten und Widersprüche des Verfahrens und seitens der Ausbaubefürworter in CDU, FDP und auch SPD ungezählte Wiederholungen des Versprechens „kein Ausbau ohne Nachtflugverbot“ kulminierten im Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zum Flughafenausbau durch Verkehrsminister Rhiel am 18. Dezember 2007. Es war zugleich das Datum der Vollendung des Wortbruchs, denn es gab zwar eine Genehmigung für den Ausbau aber keinesfalls ein Nachtflugverbot – nicht einmal in der kurzen „Frankfurter Mediationsnacht“. Der politische und auch der juristische Streit über den Flughafenaus-

bau sind seitdem keineswegs abgeebbt, wir GRÜNE streiten dabei vorneweg für wirksamen Fluglärmschutz und die Verbesserung der Lebensqualität im Rhein-Main Gebiet.

Dübelkandal

Manches geht über die Zeitläufte rasch vergessen und wird zu Geschichte: Im Sommer 2006 unterstützte Roland Koch noch nachdrücklich den Antrag von RWE, die Atomkraftwerke Biblis A und B länger laufen zu lassen, als im Atomkompromiss auf Bundesebene zwischen Rot-GRÜN und der Stromwirtschaft vereinbart war. Wenige Monate später mussten beide Blöcke vom Netz, weil tausende Dübel falsch verbaut worden waren – unsere Bezeichnung „Schrottreaktor“ erwies sich mal wieder als zutreffend. Die Laufzeitverlängerung kam von Bundesseite später tatsächlich und ging bald darauf im Tsunami unter. Wie gut, dass Biblis mittlerweile endgültig abgeschaltet ist und vor der Demontage steht. Zur parlamentarischen Arbeit der Opposition gegen eine absolute Mehrheit gehört es natürlich, besonders genau hinzuschauen und nachzufragen, zumal wenn man



erleben muss, wie die Regierungspartei sich immer mehr mit dem Staat gleichsetzt. So hatten wir auch in dieser Periode mehrere Untersuchungsausschüsse, von denen der letzte das politische Selbstverständnis von Roland Koch in ein besonders grelles Licht tauchte. Er hatte den hessischen Freien Wählern angeboten, ihnen für Kommunalwahlen eine Kostenerstattung

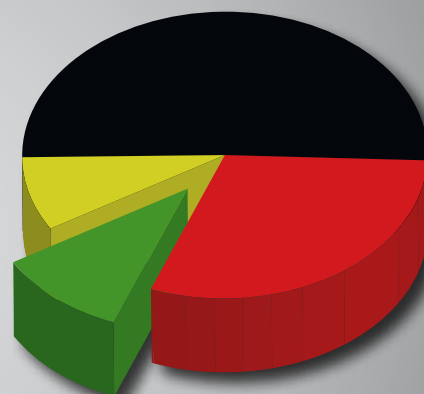
zuzugestehen, wenn sie denn auf eine Kandidatur bei der Landtagswahl verzichteten. Die Vernehmungen im Untersuchungsausschuss belegten diesen Vorwurf so eindeutig, dass Roland Koch ihn im Februar 2007 bei seiner Aussage auch ausdrücklich bestätigte. Nach seinen Worten sei es eine völlige politische Normalität für „einen fairen Ausgleich“ zu sorgen; er wolle, dass niemand an einer Landtagswahl nur deshalb teilnehme, um seine politische Arbeit finanzieren zu können. Ein möglicher Verzicht der Freien Wähler auf eine solche Kandidatur wäre allerhöchstens ein nicht beabsichtigter Kollateralnutzen für die Hessen-CDU, aber gleichermaßen auch für alle anderen Wahlbewerber gewesen. Natürlich konnten wir GRÜNE uns in dieser Legislaturperiode als Opposition gegen eine absolute Mehrheit der CDU, begleitet von einer kuscheligen FDP, die sich so sehr nach dem mitregieren sehnte, und einer SPD, die ihre innere Zerrissenheit und die internen Machtkämpfe geradezu lustvoll zelebrierte, als führende Kraft der besseren politischen Alternative gut präsentieren; indes waren für uns am folgenden Wahltag keine Früchte dieser Arbeit zu ernten. Die alte Weisheit, dass es keine Dankbarkeit für Geleistetes in der Politik gibt, hat sich wieder mal bestätigt. Nicht nur journalistische Beobachter fanden es unverdient, dass wir GRÜNE trotz unserer engagierten und qualifizierten Arbeit über fünf harte Oppositionsjahre als Quittung mal wieder Mandate einbüßten. Wir blieben und bleiben dennoch unverdrossen weiterhin engagiert, hartnäckig und ambitioniert.

DER HESSISCHE LANDTAG 2003-2008

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Tarek Al-Wazir
- Jürgen Frömmrich
- Ursula Hammann
- Martin Häusling
- Priska Hinz bis 10.10.2005
- Margaretha Hölldöbler-Heumüller
- Andreas Jürgens
- Frank-Peter Kaufmann
- Evelin Schönhut-Keil bis 31.08.2005
- Kordula Schulz-Asche
- Sarah Sorge
- Mathias Wagner

Marcus Bocklet ab 11.10.2005 für Priska Hinz
Sigrid Erfurth ab 01.09.2005 für Evelin Schönhut-Keil



CDU: 48,8% SPD: 29,1%
GRÜNE: 10,1% FDP: 7,9%

2008 - 2009



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN
GESCHÄFTSFÜHRENDE REGIERUNG

TOLERIERUNG

G8 ODER G9

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

MINDERHEITENREGIERUNG

WECHSELNDE MEHRHEITEN

DIE LINKE

KURZWAhLkAMPF

SPARKASSENGESETZ



EIN JAHR WIE KEIN ANDERES

Der Wechsel lag in der Luft. Die Kurve der Umfragen hatte für Roland Koch während des Wahlkampfs immer stärker nach unten gezeigt während die Werte für Andrea Ypsilanti die des amtierenden Ministerpräsi-

AUTOR
Mathias Wagner
 Mitglied des Hessischen Landtages seit 2003, Parlamentarischer Geschäftsführer seit 2008

denten überholten und eine rot-grüne Mehrheit in greifbare Nähe rückte. Doch am Wahlabend des 27. Januar 2008 hatte die CDU des Roland

Koch zwar kräftig Federn lassen müssen, lag aber ganz knapp vor der SPD. Allein mit uns GRÜNEN reichte das Ergebnis nicht für eine Mehrheit, und eine Koalition mit den Linken hatte Andrea Ypsilanti stets ausgeschlossen.

Wider die Ausschleißeritis

Und so begann ein spannendes Jahr sowohl für die Abgeordneten des Landtags als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Alle Fraktionen mussten erkennen, dass mit der Ausschleißeritis von Bündnissen mit anderen Fraktionen kein Staat zu machen ist. Eigentlich war Roland Koch durch den massiven Stimmenverlust abgewählt – die Schulpolitik, die Studiengebühren, sein unbedingtes Festhalten an den Schrottmeilern des Atomkraftwerks Biblis, sein wiederholter Wahlkampf auf dem Rücken von Minderheiten – die Hessinnen und Hessen hatten die Nase voll. Aber

so wie es keine Mehrheit für Rot-Grün gab, gab es eben auch keine für CDU und FDP.

Wir GRÜNE haben auf unsere Inhalte gesetzt und mit allen Fraktionen nach Gemeinsamkeiten und einem Ausweg aus diesen so genannten hessischen Verhältnissen gesucht. Es gab Gespräche mit SPD, CDU, FDP und Linken und schließlich Koalitionsverhandlungen für eine Minderheitenregierung mit der SPD. Zwischendurch gab es Kuriositäten wie Frühstücke zwischen den bildungspolitischen Sprechern von GRÜNEN und CDU, die vorher kaum etwas mit einander zu tun hatten. Anträge und Gesetzesentwürfe wurden aufmerksam wie nie gelesen, denn niemand wusste im Vorhinein, mit welchen Mehrheiten die Plenarvorlagen vielleicht verabschiedet werden konnten. Auf einmal stand wirklich vor allem die Sache im Vordergrund und keine Koalitionsarithmetik. Auch die Journalistinnen und Journalisten mussten noch aufmerksamer sein als sonst, damit sie keine Entwicklung verpassten. Und gegen Ende des aufregenden Jahres scheiterte dann der mit der SPD vereinbarte Politikwechsel an vier SPD-Abgeordneten.



Mathias Wagner

Schaulaufen für die Neuwahl

Während sich alle abtasteten – die Linken waren zum ersten Mal in den Landtag eingezogen und kannten sich mit den parlamentarischen Gepflogenheiten noch nicht aus – war die Regierung Koch weiterhin geschäftsführend, aber ohne parlamentarische Mehrheit, im Amt. Und während dieses Jahres ohne feste Mehrheit arbeiteten bald alle darauf hin, sich für die Wähle-



Andrea Ypsilanti und Tarek Al-Wazir nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen

GRÜN HANDELT: STUDIENGEBÜHREN SIND ABGESCHAFFT!



rinnen und Wähler hübsch zu machen, so dass sie bei einem neuen Wahltermin die bessere Ausgangsposition hatten.

Doch man einigte sich auch in Sachfragen. So wurde ein Antrag von uns GRÜNEN einstimmig verabschiedet, dass wenigstens Kooperative Gesamtschulen in Zukunft die freie Wahl erhielten zwischen der verkürzten Schulzeit zum Abitur (G8) oder der früheren Länge (G9). Mit einer Mehrheit von SPD, GRÜNEN und Linken wurden die Studiengebühren abgeschafft, und wegen eines technischen Versehens geschah dies gleich zwei Mal. Durch ein Jamaika-farbenes Bündnis erhielt Hessen ein neues Sparkassengesetz. Und alle drei Initiativen wurden auch durch die 2009 gewählte Schwarz-Gelbe Koalition nicht zurückgenommen, sondern blieben geltendes Recht.

Koalitionsverhandlungen

Zwar gab es in der Phase der geschäftsführenden Landesregierung und unklaren Mehrheiten im Parlament diese Erfolge. Es war aber auch klar, dass es nicht auf Dauer so weitergehen konnte. Die Unlust der geschäftsführenden Regierung, ihr unliebsame Beschlüsse

des Landtags umzusetzen, war mit Händen zu greifen. Gleichzeitig stießen die Fraktionen bei Anträgen und Gesetzen zu komplexen Themen an die Grenze dessen, was ohne die wirksame Unterstützung von Ministerien leistbar ist. Daher und um zu verdeutlichen, was Rot-GRÜN alles verändern würde, wenn es nur eine ausreichende Mehrheit hätte, begannen SPD und GRÜNE Koalitionsverhandlungen zu führen. Für mehrere Wochen wurde der Ort der Koalitionsverhandlungen – die Domäne Mechtildshausen – zum zweiten zu Hause der Verhandlungsdelegation von SPD und GRÜNEN. Die Ergebnisse konnten sich sehen lassen und wurden schließlich auch mit großen Mehrheiten von mehr als 90 Prozent auf Parteitag von SPD und GRÜNEN gebilligt.



Öffentliche Fraktionssitzung im Rahmen des Hessentags 2008

Die Mehrheit im Landtag von SPD und GRÜNEN mit Unterstützung der Linkspartei war mit 57 Stimmen denkbar knapp. Und zur Wahl der Ministerpräsidentin brauchte Andrea Ypsilanti mindestens 56 Stimmen. Die SPD-Abgeordnete Dagmar Metzger hatte von Anfang an klar gestellt, dass eine von den Linken tolerierte Koalition für sie

nicht in Frage kam, ihre Stimme würde also auf jeden Fall fehlen. Während der bei der Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten Andrea Ypsilanti unterlegene Jürgen Walter bei den Koalitionsverhandlungen stets dabei war und alle inhaltlichen Vereinbarungen mitgetragen hatte, äußerte er nach den Verhandlungen Bedenken. Ob er diese Bedenken auch gehabt hätte, wenn die SPD ihm sein Wunschministerium gegeben hätte, bleibt offen.

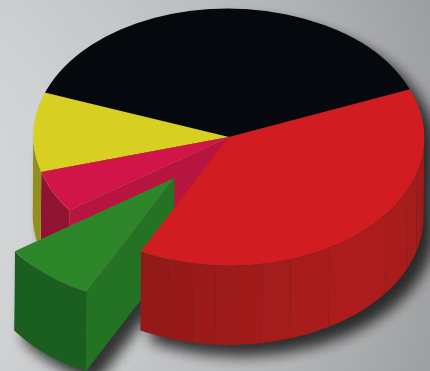
Und so kam es dann wenige Tage vor der geplanten Wahl von Andrea Ypsilanti zur Minis-

terpräsidentin zur dann berühmt gewordenen Pressekonferenz von vier SPD-Abgeordneten, die erklärten eine von den Linken tolerierte Minderheitenregierung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können. Damit war das was später in Nordrhein-Westfalen funktionieren sollte, eine rot-grüne Minderheitenregierung, geplatzt. Wenig später beschloss der Landtag seine Selbstaflösung. Es folgten Neuwahlen. Bei diesen Wahlen konnten wir GRÜNE zwar kräftig zulegen, aber es folgte eine Neuaufgabe von Schwarz-Gelb. Ein spannendes Jahr war zu Ende gegangen.

DER HESSISCHE LANDTAG 2008-2009

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Tarek Al-Wazir
- Ursula Hammann
- Margaretha Hölldöbler-Heumüller
- Andreas Jürgens
- Frank-Peter Kaufmann
- Mürvet Öztürk
- Kordula Schulz-Asche
- Sarah Sorge
- Mathias Wagner



CDU: 36,8% - SPD: 36,7% - FDP: 9,4%
GRÜNE: 7,5% - LINKE: 5,1%

2009 - 2014

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



ENDE DER ATOMKRAFT
KONZEPTE TOUR 2012

KONZEPTE FÜR HESSEN

FLUGHAFENAUSBAU

BIBLIS

POLIZEI-FÜHRUNGSKRISE

NACHTFLUGVERBOT

SCHULDENBREMSE

AUFTRAGSVERGABE

GERECHTIGKEIT
STATT
EGOISMUS

DIESMAL:
ZWEITSTIMME FÜR GRÜN

TAREK AL-WAZIR
FÜR DEN NEUANFANG IN HESSEN

DIESMAL: ZWEITSTIMME FÜR GRÜN

JETZT ABER GRÜN!

STATT
KOHLE & ATOM:
ÖKOSTROM!

HÖCHSTE ZEIT
FÜR BESSERE
SCHULEN

DIESMAL:
ZWEITSTIMME FÜR GRÜN

JETZT ABER GRÜN!

JETZT ABER GRÜN!

JETZT ABER GRÜN!

JETZT ABER GRÜN!

VON DEN FISCHERCHÖREN ZUR KONZEPTPARTEI: DIE 18. LEGISLATURPERIODE

Die Anfänge der GRÜNEN als Protestpartei und die Fischer-Jahre kenne ich nur aus den schillernden Erzählungen der älteren Fraktionskollegen beim gemütlichen Zusammen-

AUTORIN

ANGELA DORN

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2009 und mit 30 Jahren genauso alt wie die GRÜNE Fraktion.

sitzten am letzten Abend der Plenarwoche. Ich habe diese Zeit so abenteuerlich und verrückt vor Augen, dass ich möglicherweise von der Realität fast enttäuscht wäre.

Aber welche Erwartungen brachte ich meiner eigenen Arbeit als Landtagsabgeordnete und Berufspolitikerin eigentlich entgegen? Motivierend war für mich in erster Linie die Einsicht, dass es so nicht mehr weiter gehen könnte. Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise war und ist nicht mehr vereinbar mit den Ressourcen, die uns die Erde zur Verfügung stellt. Unsere Gesellschaft erfährt eine zunehmende Spaltung durch die wachsende Einkommensschere sowie die ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen. Da sich ein „weiter so“ verbietet, wollte ich an den Alternativen mitwirken. Wie steinig dieser Weg werden könnte, schien sich aber schon in der vergangenen Legislaturperiode abzuzeichnen. Politik erschien als ein rücksichtsloses Ringen um Macht, das schonungslose Bekämpfen des politischen Gegners bei dem rasanten Aufstiege möglich sind, aber auch das Scheitern von Persönlichkeiten in Kauf genommen wird. Dieser Eindruck der Härte bewahrheitete sich einerseits, gerade die schonungslosen Angriffe auf Andrea Ypsilanti noch bis in die laufende Legislaturperiode hinein waren eine der unschönen Erfahrungen in der Politik. Andererseits ging es „hinter den Kulissen“ jedoch meist bemerkenswert locker und wohl gesonnen zu.

Während der vorangegangenen Legislaturperiode faszinierte mich – damals noch als

Zaungast – die Möglichkeit wechselnder politischer Mehrheiten. Es schien so, als könnten hier über das klassische Lagerdenken hinaus politische Mehrheiten gefunden werden. In der Praxis zeigte sich aber, dass die Landesregierung viele Anträge einfach nicht umsetzte. Dennoch brachte diese kurze Periode eine andere Diskussionskultur mit sich, die unsere parlamentarische Arbeit nachhaltig beeinflussen sollte.

Offene Diskussionen

Erst als Parlamentarierin wurde mir deutlich, wie stark auch die Abgeordneten der Regierungsfractionen durch das Handeln und Vorwissen der Regierung gelenkt werden. Wie oft müssen sich die CDU und FDP Abgeordnete aus der Rhein-Main-Region über den Wortbruch der Landesregierung beim Nachtflugverbot ärgern? Schließlich müssen sie ihn im Parlament und zu Hause verteidigen. Wie naiv müssen sie bei der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg gewesen sein, der „Leuchtturm“ Kochs, der inzwischen immer mehr in sich zusammenfällt.

Ganz umsonst ist also die Erfahrung interfraktioneller Mehrheitssuche nicht, gerade in der GRÜNEN Fraktion dominiert die positive Erfahrung, dass Anträge gleich welcher Partei offen und kritisch konstruktiv diskutiert werden. Daneben bleibt zudem die Abkehr von einem Politikstil, den Tarek pointiert als „Ausschließeritis“ bezeichnete. Opposition soll für uns über Lagerdenken hinausgehen und konstruktive Impulse für ein besseres Hessen einbringen. Inhalte, nicht Fraktionszugehörigkeit, sollen den Ausschlag für Zusammenarbeit geben. Wir machten uns daran, an unseren Inhalten zu feilen und auch zuvor Selbstverständliches zu hinterfragen. Wir wollten Lösungen anbieten: Lösungen für einen



Angela Dorn im Plenum des Hessischen Landtages.



Wandel in Hessen, Lösungen, die in der Praxis umgesetzt werden können und dies in späterem Regierungshandeln unter Beweis stellen. Herausfordernd war hierbei zudem, die alltäglichen Mühen um pragmatische Lösungen im Kleinen mit den GRÜNEN Visionen zu vereinbaren.

Dieser Prozess soll zugleich ein Schritt in Richtung mehr Transparenz sein und ein Gesprächsangebot über die GRÜNE Partei hinaus auch an die Bürgerinnen und Bürger Hessens unterbreiten. Dies ist auch eine Antwort auf Stuttgart 21, dem bundesweiten Symbol für mangelnde frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen politischen Entscheidungen sowie einer neuen und bunten sozialen Bewegung.

Konzepte für Hessen

Eine weltweite Krise stellt unser Finanz- und Wirtschaftssystem sowie die politische Handlungsfähigkeit in Frage. Auch hier kommt es zu Bewegung, in Frankfurt und in vielen anderen Städten weltweit haben Occupy-Aktivisten symbolträchtige Orte besetzt. Nicht ohne Zufall beschäftigt sich unser erstes Konzeptpapier mit der Überschuldung Hessens und der Frage, wie wir bei Anerkennung der Notwendigkeit des Schuldenabbaus trotzdem in wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Umwelt und Soziales investieren können. Vor diesem Hintergrund haben wir uns nach intensiver Diskussion innerhalb der GRÜNEN Fraktion verständigt, die Schuldenbremse für Hessen prinzipiell mitzutragen. Gerade weil Schwarz-Gelb nur die Einsparung im Blick hat, wollten wir diese wieder in Balance mit Effizienz- und Einnahmeerhöhungen bringen. Letzteres konnten wir dann auch entsprechend



Anlässlich der endgültigen Abschaltung des AKW Biblis wurde dieser große Erfolg im Landtag gebührend gefeiert.

„hineinverhandeln“. Trotz Überschheidungspunkten mit der Occupy-Bewegung, wie der Finanztransaktionssteuer oder der Forderung nach einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm für verschuldete europäische Staaten, lehnte die Occupy-Bewegung solche pragmatischen Lösungsansätze ab, zu systemimmanent erschien ihnen dieser Ansatz.

Im kollektiven Gedächtnis – nicht nur der Japaner – wird die Fukushima-Katastrophe bleiben, deren verheerende Folgen für Mensch und Umwelt bis heute nicht endgültig abgeschätzt werden können. Es ist ein Armutszeugnis für CDU und FDP, dass es erst zu dieser Katastrophe kommen musste, um den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland wieder rückgängig zu machen. Bei der Abschaltung des südhessischen AKW Biblis, ein historischer Erfolg, für den wir Jahrzehnte gekämpft haben, wird deswegen immer einen bitteren Beigeschmack bleiben. Als Ministerpräsident Bouffier in der Folge den hessischen



Die Arbeit an Konzepten für Hessen hat diese Legislatur geprägt und ab August 2012 ist die Fraktion damit auch auf Tour quer durch Hessen gegangen.



Energiegipfel einberief, haben wir konstruktiv mitgearbeitet. Schließlich können wir den Abschlussbericht wegen der Festschreibung des geplanten Windkraftausbaus und der ehrgeizigen energetischen Sanierungsquote mittragen. Auch wenn der Streit um das Tempo der Energiewende, um die Bedeutung von konventioneller Energie und um das FDP-Dogma „Privat vor Staat“ bestehen bleibt.

Strategische „Zusammenarbeit“

Auch wenn bei diesen zwei großen Richtungsentscheidungen von Seiten der Landesregierung eine Öffnung zur interfraktionellen Zusammenarbeit bestand, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Landtag nach wie vor mit harten Bandagen gekämpft wird. Der vermeintliche Wille zur Zusammenarbeit von Seiten des neuen Ministerpräsidenten Volker Bouffier war eher strategisch motiviert. Die Fehlentscheidungen in der Energiefrage und der rasant wachsende Schuldenberg sollten so kaschiert werden. Bei der Umsetzung der Ergebnisse des Energiegipfels wird deutlich, wie wankelmütig der Wille zur Energiewende ist. Der Wechsel von Roland Koch zu Bouffier war kein Auf-

bruch zu einer neuen Ära, zu tief verstrickt war Bouffier als langjähriger Innenminister in die Fehlentscheidungen und moralischen Abgründe der Regierungsjahre unter Koch. So bleiben aus der 18. Legislaturperiode vor allem viele Debatten um Skandale in Erinnerung: Von der Polizeicheffaffäre über die Frage der mangelnden Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Gelder an die Privathochschule European Business School, den überbeuerten, dem Regionalproporz geschuldeten Flughafen Kassel-Calden bis hin zu Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe der Landesregierung: Schwarz-gelb bleibt sich eben treu.

GRÜN bleibt GRÜN

Aber auch wir bleiben uns treu. Selbst wenn einige Kolleginnen und Kollegen unsere Fraktion verließen, um sich neuen beruflichen Aufgaben zu stellen: Noch immer werden – nur bei uns – mittags im Landtagsrestaurant so viele Tische zusammengeschoben, bis das ganze Fraktionsteam sowie zuweilen auch Partner und Kinder zusammensitzen können. Grün bleibt eben Grün. Auch wenn wir schon 30 Jahre alt sind.



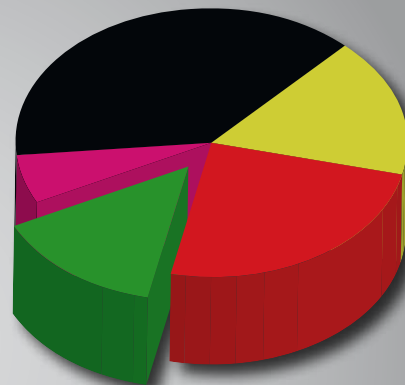
Pappkameraden: Angesichts des Regierungshandelns fast genauso gut wie das Original.

DER HESSISCHE LANDTAG 2009-2014

DIE GRÜNE FRAKTION:

- Tarek Al-Wazir
- Marcus Bocklet
- Angela Dorn
- Ellen Enslin
- Sigrid Erfurth
- Jürgen Frömmrich
- Martin Häusling bis 14.07.2009
- Ursula Hammann
- Margaretha Hölldobler-Heumüller bis 10.02.2012
- Andreas Jürgens bis 01.05.2012
- Frank-Peter Kaufmann
- Kai Klose
- Karin Müller
- Mürvet Öztürk
- Kordula Schulz-Asche
- Sarah Sorge bis März 2012
- Mathias Wagner

- Daniel May ab 15.07.2009 für Martin Häusling
- Martina Feldmayer ab 11.02.2012 für Margaretha Hölldobler-Heumüller
- Daniel Mack ab 15.03.2012 für Sarah Sorge
- Monne Lentz ab 02.05.2012 für Andreas Jürgens



CDU: 37,2% - SPD: 23,7% - FDP: 16,2%
GRÜNE: 13,7% - LINKE: 5,4%

Herausgeberin:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611/350 582
Fax.:0611/350 600

www.gruene-hessen.de

V.i.S.d.P.:

Mathias Wagner, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.: 0611/350 746
E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de

Redaktion, Gestaltung & Layout:

Till Haupt
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0611/350 586
E-Mail: t.haupt@ltg.hessen.de

Druck:

Januar 2013

Fotos:

dpa Picture - Alliance:

S. 8 (unten), 9, 10 (unten), 12 (unten), 13 (unten), 14, 16 (unten), 17 (oben), 20 (unten), 21, 24 (unten), 25,

Till Haupt:

Angela im Plenum (S. 40), Pappkameraden (S. 42)

Stefan Husch:

Fraktion 2005 (S. 33)

Hartmut Rhode:

Diskussion (S. 29)

Julia Imhoff:

Gruppe im Plenum (S. 3), Porträts (S. 4-5)

Helmut Seuffert:

Abschaltparty (S. 41), 30-Jahr-Feier (S. 44-45)

Gert Richter:

Konzepte Tour (S. 6 und S. 41)

Hinweis:

Trotz intensiver Nachforschungen ist es uns bei einigen der älteren Fotos nicht gelungen, die Fotografen bzw. die aktuellen Adressen zu ermitteln. Wir bitten die entsprechenden Fotografen um Nachsicht.



TRAU KEINEM ÜBER 30? DIE ZEITEN SIND VORBEI!



5. OKTOBER 2012, HESSISCHER LANDTAG

IMPRESSIONEN DER 30-JAHR-FEIER



GRUPPENGESPRÄCHE

REGIERUNGSBILDUNG

ALTERNATIVE ENERGIEN

KONZEPTE FÜR HESSEN

WIESBADENER RATHAUS

IMPERATIVES MANDAT

WIEDERWAHL

UMWELTSCHUTZ

DIÄTENSKANDAL

BEINAHE GAU IN BIBLIS

GRÜNER JUSTIZMINISTER

DÜBELSKANDAL

DOSENPFAND

HESSISCHE VERFASSUNG

BÜRGERRECHTE

PROVOKATION

FRAUENAKTIONSPROGRAMM

SCHULDENBREMSE

TRANSNUKLEAR

www.gruene-hessen.de

UBER MESSEL

GRÜNE GESETZE

WORTBRUCH

TULPENZWITTELN

SUMPFSIEBELN

AUFTRAGSVERGABE

ADE FLEISCH

KAMPF GEGEN FLUGHAFENNAUSBAU

KO

LEHRERAUSBILDUNG

UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

POLIZEI-FÜHRUNGSKRISE

NACHRÜCKER

SCH

NACHTFLUGVERBOT

NEUWAHLEN

BÜROGEMEINSCHAFT

MISCHOXID-ALTANLAGE



1982

2012

JÜDISCHE VERMÄCHTNISSE

KOALITIONSVERHANDLUNGEN